

Wandel der Studentenpresse in der Universitätskrise

I

Phase der Integration

In der Bundesrepublik und Berlin gab es 1966 etwa 45 von Studenten redigierte Zeitungen und Zeitschriften. Neben den Organen der politischen Hochschulgruppen besteht die Studentenpresse vor allem aus den von den studentischen Selbstverwaltungen herausgegebenen Zeitschriften. In der Presse der Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) spiegelt sich das Selbstverständnis der Studentenvertreter. Die Funktion der Zeitung ist jedoch nicht auf das Registrieren des Bewußtseinsstands der AStA-Mitglieder beschränkt; die publizistische Reproduktion des Bewußtseins trägt ihrerseits zur Verfestigung und Potenzierung bestimmter Denkweisen bei, so daß Studentenpublizistik, bewußt oder unbewußt, die Fortsetzung von Studentenschaftspolitik mit anderen Mitteln ist, wie ein studentischer Redakteur es ausdrückte.

An Hand der letzten fünf Jahrgänge der Berliner Studentenzeitungen *Anriss* („Zeitung der Studenten der Technischen Universität Berlin“) und *FU-Spiegel* („Offizielle Studentenzeitschrift an der Freien Universität Berlin“), beide von den studentischen Selbstverwaltungen herausgegeben, soll verfolgt werden, wie die Studentenpresse den Bewußtseinswandel, der im Lauf der Universitätskrise eintrat, sowohl registriert als auch durch publizistische Mittel verstärkt.¹⁾

Der Ausbruch der gegenwärtigen Universitätskrise wird markiert durch die Auseinandersetzungen an Berlins Freier Universität im Sommer 1965. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die offizielle Studentenzeitung, der *FU-Spiegel*, ein unpolitisches Blatt, getreu dem Selbstverständnis seiner Herausgeber, der Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschus-

1) An den übrigen West-Berliner Hochschulen erscheinen zur Zeit keine von den Selbstverwaltungen herausgegebene Studentenzeitungen.

ses. Unpolitisch nicht, weil politische Themen nicht abgehandelt würden, sondern weil man darauf verzichtet, studentische Interessen mit „gezielter Radikalität“ zu vertreten, wie die Aufgabe des *FU-Spiegel* später umschrieben wird. Der *FU-Spiegel* ist bis 1965 ein Mittel, um die Studenten, dem Gedanken der „Gemeinschaft Lehrender und Lernender“ entsprechend, in die Gesamtheit „Universität“ zu integrieren. Für das Organ der Technik-Studenten, *Anrisse*, dauert die Periode der Integration zwei Jahre länger, entsprechend dem Selbstverständnis der Studentenvertreter der Technischen Universität, die bis zu den Ereignissen des Sommers 1967 gern auf die „Sachlichkeit“ ihrer Arbeit verwiesen, um sich von den Politisierungstendenzen an der Freien Universität zu distanzieren.²⁾

In der Integrationsphase ist die Beschäftigung mit allgemeinpolitischen, kulturellen und technischen Fragen auffallend, ohne daß ein unmittelbarer Bezug zu Problemen der Hochschule oder der Studenten deutlich wird. Themen, bei denen der Bezug zur Hochschule vorhanden ist, fallen durch die spezifische Art ihrer Bewältigung auf. Solche Themen sind vor allem Fragen der Studentenpolitik und der Studien- und Hochschulreform. Sie werden in der Integrationsperiode entsprechend den damaligen Voraussetzungen studentischen Selbstverständnisses abgehandelt. Zum Selbstverständnis der Berliner Studenten gehörten: der Glaube an die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden; anti-kommunistische politische Grundhaltung und der Versuch, Studienreform durch das Kurieren an Symptomen zu betreiben.

Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden

Obwohl das „Berliner Modell“ — die Mitwirkung der Studenten in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung — in den Jahren nach Gründung der Freien Universität durch einseitiges Vorgehen seitens der Professoren zum Teil abgebaut wurde³⁾, wird der Gedanke der akademischen Gemeinschaft im *FU-Spiegel* immer wieder unkritisch reproduziert. Ein Verbot, für algerische Flüchtlinge und Studenten zu sammeln, wird folgendermaßen kommentiert:

„(Die Studentenvertretung) war der Ansicht, daß ohne eine solche politische Handlungsfreiheit der Studentenschaft die Freie Universität nicht gegründet worden wäre. So ist es zu erklären, daß der Konvent im Juni erneut eine Solidaritätssammlung beschloß (...), und zwar für die Komilitonen in der SBZ und in Ostberlin.“ (*FU-Spiegel* 29, Januar 1963, S. 2).

Hinzuzufügen wäre, daß diese Solidaritätssammlung vom Rektor nicht verboten wurde. In einem Interview mit dem neugewählten Rektor, Professor *Lüers*, in dessen Amtszeit der Beginn der jetzigen Konflikte fällt, wird die *FU-Spiegel*-Redaktion von der Sorge geleitet, was die Studenten tun könnten, um das gute Verhältnis zum Rektor zu fördern. Ähnliche Gedanken werden in *Anrisse* laut:

„Mit des Rektors Worten vor dem Parlament wird allen Studenten klar geworden sein, daß eine echte Periode der Zusammenarbeit zwischen den Organen der Universität und der Studentenschaft beginnt, die nicht zuletzt auch den Studentenvertretern bei der Verpflichtung des Vorstands bewußt geworden ist.“ (*Anrisse* 35, Februar 1964, S. 17).

Besonders deutlich wird die Integrationsfunktion der Studentenpresse alten Stils an dem breiten Raum, der den Beiträgen von Professoren eingeräumt wird, im *FU-Spiegel* gerade solcher, die sich im Verlauf der späteren Auseinandersetzungen heftigster Kritik im selben Organ ausgesetzt sahen. Auch von den Studentenredakteuren verfaßte Laudationes und Nachrufe auf einzelne akademische Lehrer fehlen nicht.

2) Die politische Neuorientierung der „Anrisse“ setzt endgültig erst mit dem Winter-Semester 1967/68 ein, betont durch neue Aufmachung und häufigeres Erscheinen (bisher semestermonatlich, wie der „FU-Spiegel“).

3) Ulf Kadritzke, Das Selbstverständnis der Freien Universität, in: Universichtstage 1967. Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. Januar 1967, Berlin 1967, S. 40.

Die Funktion der Studentenzeitungen, ihre Leser in den überkommenen Rahmen der akademischen Korporation geistig und gefühlsmäßig einzufügen, läßt sich nicht zuletzt an der Berichterstattung über akademische Rituale (Emeritierungen, Berufungen, Rektoratsübergaben, Einweihung neuer Institute und dergleichen mehr) ablesen:

„Pünktlich um 11.00 s. t. begann mit dem Einzug der in ihre farbenprächtigen Amtsroben gehüllten Würdenträger der Technischen Universität Berlin unter den Klängen der Eröffnungsmusik, vor der festlich geschmückten Kulisse des großen, vollbesetzten Hörsaals des Physikalischen Instituts, der Festakt der Rektoratsübergabe. Angeführt wurde der Zug der Exmagnifizenzen, Senatoren und Dekane von dem scheidenden Rektor, Professor *Hilbig*, und dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Technischen Universität, dem Regierenden Bürgermeister, *Willy Brandt*." (*Anrisse* 47, Dezember 1965, S. 6).

Studien- und Hochschulreform

In der Phase der Integration ist die Einstellung der Studentenvertreter zu Fragen der Studien- und Hochschulreform pragmatisch; man versucht, Symptome zu beseitigen statt nach den Ursachen der Mißstände zu fragen. Zum Problem des Massenandrangs berichtet der *FU-Spiegel* 1963:

„Der Konvent forderte die Fakultäten auf, die Zulassungsquote für das WS 1962/63 an der gegenwärtigen Situation auszurichten, um ein weiteres Ansteigen der Studentenzahl zu verhindern." (*FU-Spiegel* 29, Januar 1963, S. 2).

Die Vertretung studentischer Interessen beschränkt sich auf sporadische Kritik an unzureichendem Wohnraum, an knappen Stipendien und ähnlichem. Der Mangel an theoretischer Reflexion der Hochschulmisere äußert sich zu Beginn der sechziger Jahre in der an dem Subsidiaritätsprinzip orientierten Studentenschaftspolitik. Besonders an der Technischen Universität Berlin entstand eine weitverzweigte studenteneigene Bürokratie zur Erledigung von Selbsthilfeaufgaben.

Der Gedanke, die studentische Selbstverwaltung sei in erster Linie dazu da, die sozialen Belange der Studenten wahrzunehmen, wird entsprechend oft in der Zeitschrift *Anrisse* vertreten. Wo der Staat oder die Hochschule als Ganzes versagen, da sprangen die Studentenfunktionäre in die Bresche, um ihren Kommilitonen die Anpassung an die Mißstände zu erleichtern:

„In ihrem Beschluß vom 19. Mai 1964 stellen die Kultusminister Grundsätze über die Verkürzung der Studiendauer auf und appellieren an alle Beteiligten, zu einer Rückführung der Studiendauer auf ein vertretbares Maß mitzuhelfen. Die Studentenvertretung bemüht sich, nach Kräften dazu beizutragen. Eine ihrer ersten eigenen Maßnahmen ist die Einrichtung einer Studienbibliothek." (*Anrisse* 41, Januar 1965, S. 6).

Das in beiden Zeitschriften immer wieder beklagte Desinteresse der Studenten an ihrer Selbstverwaltung (niedrige Wahlbeteiligung etc.) dürfte auf die Tendenz zur Bürokratisierung zurückzuführen sein, durch die die Studentenvertretung zu einer von zahlreichen anonymen Instanzen wurde, die sich den Bedürfnissen des Studenten paternalistisch annahm, ohne daß er die Möglichkeit erhielt, selbst über die Art und Weise der Befriedigung seiner Bedürfnisse zu bestimmen.

Antikommunismus

Die Freie Universität Berlin wurde 1948 gegründet als Antwort auf die zunehmende Einschränkung der Freiheit an der Universität Unter den Linden, wobei die Initiative zur Neugründung aus den Kreisen der Studentenschaft kam. Die Tradition der Gründungsgeschichte, verstärkt durch die langjährige politische Bedrohung West-Berlins, bewirkte etwa 15 Jahre lang die bewußt antikommunistische Haltung von Professoren und

Studenten der Freien Universität. Der *FU-Spiegel* trägt bis zum Ausbruch des jetzigen Hochschulkonflikts diesem politischen Engagement Rechnung, indem er über die Gängelung der Kommilitonen in der DDR berichtet (Ernteeinsatz, gesellschaftswissenschaftliche Pflichtvorlesungen), im Feuilleton den Tod *Peter Fechtlers* literarisch zu bewältigen sucht und Bilder von studentischen Ehrenwachen an Mahnmalen für erschossene Flüchtlinge veröffentlicht. Die Betroffenheit über den Mauerbau und den Schießbefehl schlägt bisweilen in Frontstadtmentalität um. So heißt es in einem Artikel über die „Freiwillige Polizeireserve“:

„Dennoch ist den meisten Berlinern noch heute, nach mehr als zwei Jahren nach der Gründung der FPR, die Möglichkeit unbekannt oder unklar, sich als Freiwilliger Polizeireservist gegen die kommunistischen Unterwanderungsversuche und Freiheitsbedrohungen wehrhaft zu zeigen.“ (*FU-Spiegel* 34, November 1963, S. 9).

Paradoxerweise ist es aber gerade die Beschäftigung mit der DDR und mit Osteuropa, die kritische Stellungnahmen zur Politik der Bundesregierung hervorruft. Das große Thema der Studentenpublizistik zu Anfang der sechziger Jahre heißt „Ostkontakte“:

„Man wollte sich nicht trennen, zwei Westdeutsche und eine Schar Leipziger. Erst in den Morgenstunden ging man am Bahnhof auseinander. ‚Ihr kommt doch wieder, nicht wahr?‘“ (*FU-Spiegel* 37, Mai 1964).

FDJ-Funktionäre, denen allein erlaubt wurde, zu Kontaktgesprächen in den Westen zu reisen, wurden von bundesdeutschen Behörden an der Grenze zurückgewiesen oder gar verhaftet. Gegen derartige Behinderung des als nationale Aufgabe empfundenen Gesprächs mit dem anderen Deutschland macht der *FU-Spiegel* publizistische Front:

„Der VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) sollte zeigen, daß es einen nicht unwichtigen Teil der Bevölkerung gibt, der sich mit der Teilung Deutschlands noch nicht abgefunden hat, der einen ständigen Austausch als etwas Natürliches betrachtet und sich nicht vor der FDJ fürchtet.“ (*FU-Spiegel* 43, Februar 1965, S. 3).

II

Übergangsphase

Die Reaktion auf einige Eingriffe der akademischen Bürokratie in bisher behauptete Freiheitsreservate der Studentenschaft bedeutete 1964 und 1965 nicht mehr, wie bisher, widerwillige Anpassung. Diese Eingriffe — erste Zwangsexmatrikulationen für hohe Semester an der Juristischen Fakultät im Herbst 1964 und das Redeverbot für *Erich Kuby*, den die Studentenvertretung aus Anlaß des 8. Mai 1965 eingeladen hatte — setzten eine Flut von Protesten in Gang, an denen sich seit der Kuby-Affäre weite Kreise der Studenten aktiv beteiligten.

Diese Tendenz zum Massenprotest zu fördern, den „mausgrauen Studenten“ aus seiner Apathie wachzurütteln, ihm sein dumpf empfundenen Unbehagen am Studienbetrieb als Folge seiner unmündigen Stellung zu deuten, das ist fortan die Aufgabe des *FU-Spiegel*. Einige Artikel des Jahrgangs 1965 liefern das theoretische Fundament für den ersten Dahlemer „heißen Sommer“. Statt die Qualität von Mensaeßen und studentischer Krankenversorgung zu rügen, wird bereits tendenziell radikale Kritik an der Stellung der Studenten in der Hochschule geübt:

„Was aber nicht zweifelhaft, und seit dem ‚Fall Kuby‘ sichtbarer ist denn je, ist der Widerspruch zwischen dem Anspruch der Studentenschaft auf mündige Selbstbestimmung und Selbstkontrolle und dem väterlichen Anspruch der Lehrenden auf Autorität.“ (*FU-Spiegel* 45, Juni 1965, S. 5).

Das Dilemma der deutschen Universität wird erkannt als der „Widerspruch zwischen der kritischen Rationalität, die Wissenschaft fordert, und der undemokratischen Struktur,

in der sie organisiert ist. . .“ (*FU-Spiegel* 42, Januar 1965, S. 10). Studentenvertretung heißt nun nicht mehr Lobbyismus, in vertrautem Gespräch mit akademischen und politischen Honoratioren Vorteile für die Studenten herauszuschlagen, es bedeutet seither die öffentliche Diskussion der anstehenden Probleme durch die, die es betrifft, um einerseits deren politisches Bewußtsein zu schärfen, um andererseits die nicht reformwillige Universität plebiszitär unter Druck zu setzen.

Die Studentenpresse leistet ihren Beitrag zur Bewußtseinsschärfung, indem sie das Muster *Integration* zugunsten des Musters *Polarisierung* aufgibt. Die Universität zerfällt für die Studentenredakteure nunmehr in Studenten einerseits und Professoren andererseits, wobei die Studenten in der Rolle des Objekts professoraler Herrschaft dargestellt werden, während den Professoren die Rolle der ihre Position verteidigenden Machtelite

zufällt. Dieses Grundmuster wird seit dem Winter 1966/67 in dem Maße ausgeweitet, wie die studentische Rebellion über die Grenzen der Universität hinausgreift. In der Rolle der ewig Betroffenen, der Unmündigen, finden sich neuerdings neben Studenten und Assistenten auch Schüler und vor allem Arbeiter in der Studentenpresse dargestellt. Neben den Professoren und der Universitätsbürokratie sind es vor allem die staatliche Exekutive und die Justiz, die als Unterdrücker der von unten angemeldeten Ansprüche gelten. Innerhalb dieser Zweiteilung ist noch auf die besondere publizistische Behandlung der Studentenvertreter zu achten, die, sich selbst als den bewußtesten Teil der Studentenschaft begreifend, es als ihre Aufgabe ansehen, die übrigen über ihre Interessen aufzuklären.

III

Phase der Polarisierung

Wie erwähnt, riefen Eingriffe der akademischen Bürokratie in die Organisation des Studiums und in den Bereich der studentischen Selbstverwaltung die ersten Massenproteste an der Freien Universität hervor. Ein später wieder aufgehobenes Verbot politischer Veranstaltungen in den Räumen der Universität und die Einführung der befristeten Zulassung (Zwangsexmatrikulation) waren Maßnahmen, die die Studenten unmittelbar betrafen, ohne daß sie wesentlichen Einfluß auf ihr Zustandekommen gehabt hätten. Die Zwangsexmatrikulation wird in der Studentenpresse dargestellt als der Versuch — seitens der zur Reform unfähigen akademischen Gremien —, die unhaltbaren Zustände im Studienbetrieb allein den Studenten anzulasten. Die Zwangsexmatrikulation solle „die Misere der Universität zur Misere der Studenten erklären“ heißt es (*FU-Spiegel* 61, Dezember 1967, S. 9):

„Zwangsexmatrikulation sei ein ‚Schuß ins Dunkle‘; ob sie eine erfolgreiche Maßnahme sei, werde sich schon herausstellen, sagte einer der verantwortlichen Professoren. Wir meinen: das ist nicht sinnvoll. Studenten sind keine Versuchskaninchen, an denen Experimente vorgenommen werden dürfen, deren Mißerfolg von vornherein feststeht. Studienreform, Änderungen der Studienbedingungen und entrümpelte Prüfungsordnungen: das wäre dringend notwendig. Zwangsexmatrikulation verschleiert diese Notwendigkeiten.“ (*FU-Spiegel* 52, Juni 1966, S. 4—5).

Mit Ironie, die nicht der Bitterkeit entbehrt, wird die Wirklichkeit der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden mit ihrer Idee konfrontiert: aus Partnern seien die Studenten zu Objekten beamtenhaft verwaltender Professoren geworden.

Die publizistische Kritik beschränkt sich nicht auf die passive Rolle der Studenten in Fragen der Organisation des Studiums, sondern erfaßt ebenso die unselbständige Stellung der Studenten im Lernprozeß selbst. Die zunehmende Verschulung des Studiums, die den Studenten zu rezeptivem Lernen von Fakten und Zusammenhängen zwingt, ist immer wieder Thema der Studentenpresse. Der Berliner Jurastudent, der nach der Stu-

dienreformempfehlung der Juristischen Fakultät der Freien Universität bis zum fünften Semester sämtliche Scheine bis auf einen, vorlegen soll, wird als „juristischer Fließbandarbeiter“ gekennzeichnet (*FU-Spiegel* 63, Februar 1968, S. 9). Damit sind wir bei der Metapher angelangt, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut, wenn es darum geht, die Reglementierung des Studiums anzuprangern. Es ist die Rede von der Akademikerfabrik, die am laufenden Band politisch angepaßte „Fachidioten“ ausstößt:

„Die Rationalität der Fabrik Universität — Spezialisierung ohne den politisch-gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu berücksichtigen; rigorose Normierung; Vorherrschen des Leistungsprinzips etc. — ist ein genaues Abbild kapitalistischer Produktion. Zur Anpassung ködert man uns mit Leckerbissen: Die Unterdrückung wirklicher Individualität, die Beschränkung aufs Funktionieren wird vorgespiegelt als besondere Qualifikation.“ (Stellungnahme des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in: *Anrisse* 62, 12. Dezember 1967, S. 7).

Das Interesse der Gesellschaft an unkritischen und autoritätsgläubigen Spezialisten wird verantwortlich gemacht dafür, daß die Demokratisierung der Universität nicht recht vom Fleck kommt:

„Eine Wirtschaft, die von einer Handvoll Milliardäre kontrolliert wird, kann sich eine Universität, deren Glieder gleichberechtigt mitbestimmen, nicht erlauben.“ (*Anrisse* 60, 1. November 1967, S. 6).

Indem das Problem der Demokratisierung der Hochschule in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen gestellt wird, wird auch die Forderung nach Solidarität zwischen Arbeitern und Studenten laut — diese wie jene gelten als Betroffene im System der „repressiven Totalität“ (*Dutschke*).

Die negative Kennzeichnung der studentischen Situation in Hochschule und Gesellschaft wird ergänzt durch die Forderung nach grundlegender Veränderung dieser Situation. Durch die Darlegung dessen, was sein könnte, gewinnt die Kritik an dem, was ist, an Schärfe. Die Situation der Studenten in der reformierten Universität stellt sich in *Anrisse* und *FU-Spiegel* folgendermaßen dar:

Was die Organisation des Studiums anbelangt, so wird gefordert, daß die Studenten an den Entscheidungen, die sie betreffen, durch öffentliche Diskussion der Probleme beteiligt werden; was den Inhalt des Studiums betrifft, so soll das Interesse des Studenten an seinem Fach als Antrieb für die wissenschaftliche Arbeit dienen, statt, wie bisher, durch Zwang und Gängelung zu verkümmern. Den Studenten soll Zeit und Gelegenheit gegeben werden zur Reflexion der politisch-gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Wissenschaft — wodurch Wissenschaft und Wissenschaftler tendenziell aus ihrer Rolle als Diener der jeweils Herrschenden befreit werden könnten. Als Mittel zur Erreichung dieser Veränderungen werden „Elemente syndikalistisch-plebiszitärer Willensbildung“ gutgeheißen (*FU-Spiegel* 55, Januar 1967, S. 9), also Protestversammlungen, Streiks oder auch Provokationen:

„Sachliche Diskussion zwischen Herr und Knecht läuft letztlich auf Bittstellerei hinaus. Durch Bitten kann man vielleicht hin und wieder eine Konzession erreichen. Grundsätzliche Forderungen, wie die Aufgabe von Privilegien, Demokratisierung der Universität, konsequente Modernisierung der Didaktik, erhalten den nötigen Nachdruck erst durch gezielte, von breiten Kreisen der Studentenschaft getragene Provokationen.“ (*Anrisse* 62, 12. Dezember 1967, S. 2).

In der Studentenpresse wird immer wieder darauf hingewiesen, daß offensichtlich nur Druck zum Erfolg führt: Die Einrichtung von Studienreformkommissionen an der Freien Universität wird gefeiert als Ergebnis des *sit-in* vom 22. 6. 1966, und der Freispruch für *Fritz Teufel* erscheint als Ergebnis Hunderter von Selbstanzeigen anderer Demonstranten. Auch die Errichtung der *Kritischen Universität* wird verstanden als Druckmittel, das der unreformierten offiziellen Universität ad oculos demonstrieren soll, was die Studenten an Reform von ihr erwarten.

Darstellung der Gegenspieler der Studenten

Die Rolle, die die Professoren in der Darstellung der Studentenpresse spielen, zerfällt in zwei Unterrollen. Einmal erscheinen die Lehrenden als akademische Bürokratie, die — in Gestalt des Rektors, der Kollegialorgane oder einzelner Ordinarien — Maßnahmen „aus heiterem Himmel einfach dekretiert“ (*FU-Spiegel* 51, Mai 1966, S. 5). Der Unwille der Lehrstuhlinhaber, ihre privilegierte Stellung aufzugeben, wird dokumentiert:

„Die meisten Entscheidungsrechte liegen letzten Endes beim Institutschrektor: Er kann über das Ende einer anzufertigenden Arbeit entscheiden, er kann den Übungsbetrieb ändern. Er kann Vorlesungen halten oder nicht halten. Er kann (wie Professor *Gobrecht* es tut) ein Lehrbuch schreiben und Institutsangehörige mit Teilarbeiten dafür beauftragen. Er kann Forschungsvorhaben fördern oder blockieren. Er könnte durch eine Anhäufung unkluger Entscheidungen den Fortschritt in seinem Institut hemmen.“ (*Anrisse* 63, 17. Januar 1968, S. 3).

Zweitens gelten die Professoren als Verfügende über den Studieninhalt, die allein bestimmen, was die Studenten von ihnen zu hören haben. In diesem Zusammenhang werden vor allem die Geisteswissenschaftler kritisiert, ihr Verzicht auf Methodenreflexion bedeute nicht Methodentoleranz, sondern Methodenbankrott. Dahinter steht die Kritik an der privatistischen Auffassung von Wissenschaft, die sich weder um die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Wissenschaft entsteht, noch um die gesellschaftliche Funktion, die sie hat, Gedanken macht.

„Es hat den Anschein, als ob der Akademische Senat den Fachidioten zum Idealbild des Wissenschaftlers erheben möchte, der sich der ‚reinen Erkenntnis‘ hingibt und Gedanken darüber, was mit den Ergebnissen seiner Arbeit angerichtet wird, als wissenschaftsfremd ablehnt.“ (*FU-Spiegel* Nr. 60, November 1967, S. 3).

Der Zweifel an der Lehrautorität des Professors wurde durch den Abdruck von Vorlesungsrezensionen im *FU-Spiegel* vorbereitet. Die Professoren, durch Stellung und Privilegien unangreifbar, sind verwundbar da, wo ihre Kompetenzen abgeleitet werden, nämlich in ihrer Eigenschaft als Wissenschaft-Lehrende. Wird die im Bewußtsein vieler Studenten als unantastbar geltende Lehrautorität angezweifelt, so mag sein, daß diese Studenten zur Gesamtstruktur der Universität ein kritischeres Verhältnis eingehen. Auch das negative Bild von der Rolle des Professors wird ergänzt durch die Darstellung dessen, was sein sollte. Man wünscht sich den Dozenten in der Rolle des „Ideenredakteurs“, der, in gleichberechtigter Diskussion, sich darauf beschränkt, kraft seiner größeren fachlichen Kompetenz, Irrwege und falsche Ansätze beim gemeinsamen Lösen von Problemen aufzuzeigen.

Durch die Vietnam-Demonstrationen vom Dezember 1966 kam es zur Ausweitung des Berliner Hochschulkonflikts auf die Konfrontation zwischen Studenten und staatlichen Behörden. Im *FU-Spiegel* kann man im Januar 1967 erste scharfe Attacken auf die Person des Regierenden Bürgermeisters, *Heinrich Albertz*, lesen. Mit der Verschärfung der Auseinandersetzung, deren vorläufiger Höhepunkt die von der Polizei inszenierte Schlacht am 2. Juni 1967 war, wird die Personalisierung der Gegensätze aufgegeben zugunsten der Interpretation von Justiz, Polizei, politischer Führung und *Springer-Presse* als Teile des oppositionelle Minderheiten brutal unterdrückenden staatlich-gesellschaftlichen Machtapparats.

In dieses Bild gehört die ausführliche Berichterstattung über das Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten, über die Voreingenommenheit der Justiz gegenüber Studenten und über die Äußerungen der Politiker und der Springer-Presse, die das Vorgehen gegen die studentische Minderheit billigten oder zu noch härterem „Durchgreifen“ aufriefen. „Als einer der radikalsten Unterdrücker von Minoritäten“ gilt der Berliner DGB-Vorsitzende *Walter Sickert* (*FU-Spiegel* 62, Januar 1968, S. 15). Die Beziehung zwischen politisch-

gesellschaftlichen Instanzen und der Universitätsbürokratie wird hergestellt, indem die Studentenpresse letztere als Werkzeug der staatlichen Instanzen vorstellt, wenn es zum Beispiel um die Einleitung von Disziplinarverfahren geht.

Darstellung der Studentenvertreter

In den Anfangsjahren der Universitätskrise mußten die studentischen Funktionäre der Freien Universität davon ausgehen, daß sie mit ihrer Sicht der studentischen Interessen ziemlich allein standen. Deshalb hat der *FU-Spiegel* in dieser Zeit die Aufgabe, durch Dokumentation und Erklärung die Handlungen der Studentenvertreter nachträglich vor der Leserschaft zu rechtfertigen. Das Bedürfnis nach Legitimation kommt im Juni 1966 in einem Aufruf des AStA-Vorsitzenden zur Zwangsexmatrikulation zum Ausdruck:

„Die Studentenschaft der Freien Universität ist aufgerufen, durch das Votum in einer Urabstimmung den Beweis zu erbringen, daß nicht eine kleine Schar wilder Vertreter faule Kommilitonen schützt, sondern ein essentielles Interesse aller Studenten vertritt.“ (*FU-Spiegel* 52, Juni 1966, S. 3).

An der Art, in der in *Anriss* auch heute noch die Taten der Studentenvertretung kommentiert werden, merkt man, daß noch viel Skepsis gegenüber den „Linken“ unter den Technikstudenten ausgeräumt werden muß. Für den *FU-Spiegel* entfällt inzwischen die Funktion der Legitimierung, einerseits infolge der zunehmenden Politisierung der Studenten — der derzeitige AStA-Vorsitzende spricht davon, daß man dazu kommen müsse, die studentischen Amtsträger überflüssig zu machen (*FU-Spiegel* 61, Dezember 1967, S. 4) — andererseits, weil die Führungsrolle in den Auseinandersetzungen immer mehr von der offiziellen Studentenvertretung auf die Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes übergeht, für die nunmehr bei der Leserschaft um Verständnis geworben wird:

„(Man vergißt) daß für *Dutschke* und die demonstrierenden Studenten Theorie und Praxis nicht zwei sich ausschließende Prinzipien sind, sondern ein sich wechselseitig bedingendes Prinzip ist... Auch haben sie niemals um der Provokation willen provoziert. Sie waren stets darum bemüht, Bewußtseinsbildung dort zu veranlassen und zu betreiben, wo Verlogenheit am deutlichsten auftrat.“ (*FU-Spiegel* 62, Januar 1968, S. 23).

IV

Die aufklärerische Funktion der Studentenpresse

Die Berliner Studentenzeitungen sind, beispielhaft für den Großteil der studentischen Presse in der Bundesrepublik, aus braven Vereinsblättern zu Mitteln einer emanzipatorischen Politik geworden. Die heutige Studentenpresse ist nicht an den Kriterien objektiver Nachrichtenvermittlung zu messen — eine Trennung von Nachricht und Kommentar findet zum Beispiel nicht statt. Sie hat es sich vielmehr zur Aufgabe gemacht, ihren Lesern das theoretische Fundament der Studentenrebellion zu vermitteln, indem sie die abstrakten Konzepte auf die jeweiligen aktuellen politischen und hochschulpolitischen Situationen anwendet. Damit trägt diese neue Studentenpresse dazu bei, die zukünftigen Akademiker aus ihrer kritiklosen Anpassung an das Herkömmliche zu lösen, dem sie sich bisher um so bereitwilliger unterwarfen, als die sie erwartenden „Führungspositionen“ Gelegenheit bieten, selbst irrationale Autorität auszuüben. Die neue, aufklärerische Funktion der Studentenzeitungen hilft, das „Naturgegebene“ und die scheinbar mit Schicksalsmacht waltenden Zwänge unserer Gesellschaft zu erkennen als das, was sie sind: Stützen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Status quo.